

wird die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ebenso wie die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ihren bisherigen Kampf um die Verständigung unter der Losung „Deutsche an einen Tisch!“ in verstärktem Maße fortsetzen. Sie wird weitere konkrete Maßnahmen vorschlagen, um die von den amerikanischen Imperialisten und ihren westdeutschen Agenten aufgerissene Kluft zwischen Ost- und Westdeutschland zu überbrücken und die von allen ehrlichen Deutschen herbeigesehnte Wiedervereinigung unserer Heimat zu verwirklichen.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird noch größere Anstrengungen als bisher machen, um die Nationale Front des demokratischen Deutschland allseitig zu stärken und damit die große patriotische Bewegung für Einheit und Frieden zu fördern.

Da die Arbeiterklasse berufen ist, im nationalen Kampf die führende Rolle zu spielen, wird die Partei alles tun, um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse in ganz Deutschland zu fördern.

Durch die Verständigung der Deutschen aus Ost und West untereinander wird auch der längst fällige Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland auf demokratischer Grundlage beschleunigt.

Die Partei fordert die Verwirklichung der Beschlüsse der Budapester Tagung des Weltfriedensrates über die Beilegung der internationalen Konflikte und Meinungsverschiedenheiten auf dem Wege der Verhandlung und Verständigung.

IV

Die Politik der Partei, ihre Erfolge und ihre Fehler

27. Die Partei hat die in der Vergangenheit begangenen Fehler erkannt, anerkannt und offen ausgesprochen, um allen das Wesen des neuen Kurses verständlich zu machen und seine Durchführung zu erleichtern. Dabei war sich die Parteiführung bewußt, daß durch das offenmütige Bekennen der Fehler Schwierigkeiten entstehen konnten. Dennoch entschloß sie sich für diesen Weg und veröffentlichte das Kommuniqué vom 9. Juni, um den neuen Kurs weithin sichtbar zu machen.

Die freimütige Anerkennung der begangenen Fehler vor den breitesten Massen wurde von den Feinden ausgenutzt, um die Partei zu diskreditieren und lügnerisch zu behaupten, die ganze Politik der Partei sei falsch gewesen. Auch diese Behauptung diente dem Zwecke, die